

der sozialen Gerechtigkeit in einem anspruchsvollen Sinne erst heute stellt. In der gesamten Nachkriegszeit haben wir, jedenfalls in Deutschland, geglaubt, wir würden eine sozial gerechtere Gesellschaft erreichen, indem die Mitte unserer Gesellschaft immer tiefer und immer breiter würde. Das ist das, was man in den soziologischen Kategorien die regulative Moral einer Arbeitnehmersgesellschaft nennen könnte. Durch die Generalisierung von Rechten bei der gleichzeitigen Erweiterung von materiellen Absicherungschancen würde die Gesellschaft immer gerechter.

Jetzt muss man nüchtern feststellen: Dieses Modell scheitert erstens daran, dass es Gruppen produziert, die den Anschluss an diese Logik der Lebenschancenverteilung auf Dauer und zunehmend verlieren. Und es scheitert zweitens daran, dass quer laufende Entwicklungen von der Mitte aus zum Rand der Gesellschaft hervortreten, die man mit dem Begriff der sozialen Exklusion zu erfassen sucht.

NG/FH: Sollte man nicht versuchen, soziale Gerechtigkeit durch Partizipation, durch eine bestimmte Grundausstattung für alle zu erreichen, unabhängig von sonstigen Ungleichheiten und Differenzierungen?

Bude: So ist es. Und die Frage der sozialen Gerechtigkeit muss von der Grundüberlegung ausgehen, wie wir soziale Gerechtigkeit bei hartnäckiger Ungleichheit herstellen können. Was heute nicht mehr funktioniert, ist die Strategie der langen Nachkriegszeit, nämlich soziale Gerechtigkeit dadurch erreichen zu wollen, dass Ungleichheit unsichtbar gemacht wird.

Es geht darum, eine anständige Gesellschaft zu wollen, sich aber darüber belehren zu lassen, dass sich an bestimmten Ungleichheitsstrukturen jedenfalls durch politische Maßnahmen nicht viel ändern lässt. Umso mehr besteht daher ein Bedarf an der Wiederbelebung einer Kultur öffentlicher Güter. ■

Armin Nassehi

Klassengesellschaft – analog oder digital?

Die offensichtlich komplexe Situation sozialer Ungleichheit bedarf einerseits einer griffigen politischen Semantik. Andererseits kann sie nur multifaktoriell beschrieben werden, wenn sie nicht an den realen Verhältnissen vorbei laufen soll. Ein Dilemma.

Leben wir in einer Klassengesellschaft? Diese Frage lässt sich nicht leicht beantworten – nicht weil es strittig wäre, dass soziale Ungleichheit, die ungleiche Distribution von Gütern und Lebenschancen und nicht zuletzt das Erleben von schichtungssensiblen Milieus eine große Rolle für unsere Gesellschaft und ihre politischen Selbstbeschreibungen spielt. Die Frage lässt sich deshalb nicht leicht beantworten, weil der Begriff der Klassengesell-



Hans Günther Kaufmann

Armin Nassehi

(*1960) ist Professor für Soziologie an der Ludwig Maximilians-Universität München. Arbeitsgebiete: Theorie der modernen Gesellschaft, politische Soziologie, Kultursociologie. Zuletzt erschienen: *Gesellschaft der Gegenwart* (2011) und (als Hg.): *Kursbuch 170: Krisen lieben* (2012).

Armin.Nassehi@soziologie.uni-muenchen.de

schaft sowohl eine politische als auch eine wissenschaftliche Bedeutung hat – darin

ähnelt er übrigens dem Begriff der Exklusion. Als soziologischer Begriff kann der Exklusionsbegriff nicht das transportieren, was der politische Begriff der Exklusion gerne sagen möchte. Politisch beschreibt der Begriff, dass es Lebenslagen gibt, die sich als ausgeschlossen erleben und beschreiben – ausgeschlossen von Normallebensläufen, vom Zugang zu Karrieren oder anderen Möglichkeiten. Soziologisch freilich ist das unterkomplex, weil man damit übersieht, dass es gerade keine Exklusionen sind, die Menschen etwa mit prekären Arbeitsverhältnissen oder zu geringem Einkommen erleben. Exklusion meint Nicht-Berücksichtigung durch Kommunikation – wer aber etwa über fast kein Geld verfügt oder keine legalen Mittel findet, sein Auskommen zu finden, wird gerade nicht für weniger relevant gehalten, sondern umgekehrt: Die Bank oder die Polizei, der Vermieter oder ein Gericht, die Krankenkasse oder das Jugendamt wird ihn womöglich viel stärker berücksich-

tigen. Von Exklusion kann also keine Rede sein. Womöglich muss man den politischen Exklusionsbegriff zurückweisen, um die Dramatik dessen überhaupt beschreiben zu können, was in prekären Lebenslagen geschieht. Prekär sind diese nämlich nicht, weil man ausgeschlossen wird, sondern weil man in einer ganz bestimmten Weise in die Gesellschaft inkludiert ist. Das sieht auf den ersten Blick wie eine Haarspalterei aus – ist es aber nicht, weil erst mit der Distanzierung vom politischen Exklusionsbegriff die Inklusionsbedingungen prekärer Lebenslagen beschrieben werden können.

Mit dem Klassenbegriff verhält es sich ähnlich. Von einer Klassengesellschaft zu sprechen, hat einen sozialpolitischen Sinn, und es hat einen soziologischen Sinn. Die Erfolgsbedingungen für die unterschiedlichen Begriffsgebräuche sind sehr unterschiedlich. Während der sozialpolitische Begriff auf Kollektivitäten zielt, auf Mobilisierung und eine entsprechende Form

der dramaturgischen Inszenierung politischer Positionen, hat ein soziologischer Klassenbegriff genauer zu klären, welche theoretischen und empirischen Voraussetzungen mit bestimmten Begriffskonstellationen verbunden sind.

Spätestens seit den Arbeiten von Pierre Bourdieu wissen wir, wie sehr die Klassifikation von sozialen Klassen das Produkt der Klassifikation selbst ist, eines wissenschaftlichen Blicks, der durch seine eigene Praxis bestimmt, was gesehen werden kann und was nicht. Die besondere Karriere des sozialwissenschaftlichen Klassenbegriffs liegt darin, relativ einfach klassifizieren zu können. Der theoretische Charme des Klassenbegriffs lag darin, ein komplexes Geschehen auf möglichst wenige Wirkursachen zurückführen zu können. Gemäß dem scholastischen Sparsamkeitsprinzip – besser bekannt als *Ockham's Razor* – ist es der Klassentheorie gelungen, komplexe Modernisierungsprozesse, die mit der Industrialisierung der modernen Gesellschaft im 19. Jahrhundert verbunden waren, anhand eines Mechanismus zu erklären. Es ist ohne Zweifel ein elegantes Verfahren, die Entstehung moderner Vergesellschaftung auf eine Grundkonstellation zurückführen zu wollen: auf die Stellung der Menschen zu den Produktionsmitteln, die dann weitgehend binär zu unterschiedlichen Klassen kumuliert werden kann. Die offensichtliche empirische Erfahrung mit dem Betriebskapitalismus und seiner enormen, geradezu welt-historischen Potenz hat es in einer komplexen Gemengelage geschafft, das gesellschaftliche Geschehen auf einen Hauptwiderspruch, auf eine Unterscheidung zurück zu führen.

Empirisch war es dann aber stets sehr schwierig, die Klassenstruktur der modernen Gesellschaft tatsächlich mit den sparsamen Mitteln erklären zu können, die zur Verfügung standen. Es wurde dann sehr viel Aufwand nötig, eine offensichtlich komplexe Situation sozialer Ungleichheit

moderner industrieller und postindustrieller Gesellschaften tatsächlich dem einen Hauptwiderspruch zu subordinieren, der nicht nur theoretisch elegant erschien, sondern auch für die politische Dramaturgie taugte. Und weil sich die Dinge komplexer dargestellt haben, als es das binäre Schema des Klassenbegriffs implizierte, ist vom Klassenbegriff dann nur noch übrig geblieben, soziale Ungleichheit zu bezeichnen – oder er ist zugunsten des Schichtungsbegriffs ganz verschwunden. Als Faustregel kann wohl gelten, dass der Klassenbegriff immer dann wieder auftaucht, wenn soziale Ungleichheiten auf der politischen Agenda als besonders problematisch gelten und Gegenstand der Debatte werden. Damit aber hätte sich der Klassenbegriff erst recht ad absurdum geführt, wollte er doch einmal klar und binär klassifizieren und nicht graduell abstufen.

Wie Statistik die Realität überlagert

Ganz ähnlich wie beim Exklusionsbegriff möchte ich behaupten, dass der Klassenbegriff und die Diagnose einer *Neuen Klassengesellschaft* womöglich das Problem sozialer Ungleichheit unterschätzt. Wer sich empirische Ergebnisse über die komplexen und unterschiedlichen Wirkkräfte sozialer Ungleichheit ansieht, wird feststellen, wie multifaktoriell soziale Ungleichheit nur beschrieben werden kann. Das gilt nicht nur für die Forschung, die multifaktorielle Einflussgrößen kontrollieren muss – Einkommen/Einkommensart, Selbstständigkeit/abhängige Beschäftigung, formale Bildung, Bildungsmilieu, Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, Migrationshintergrund etc. – und deshalb nicht mehr soziale Gruppen, sondern statistische Gruppen klassifizieren muss, die dann eben keine sozialen Klassen mehr sind, sondern statistische Cluster.

Es gilt auch für das Erleben der Menschen selbst. Diese Welt ist in der Tat komplizierter geworden – vor allem seit sich der immerwährende Traum wachsender Prosperität und steigender Lebensstandards nicht mehr träumen lässt. Konkurrenten um knappe Ressourcen und Lebenschancen werden aber immer schwieriger benennbar. Der Konkurrent wird ein abstrakter und unsichtbarer. Der Konkurrent um Ausbildung, Arbeit, Wohnung, soziale Sicherheit, sogar um intime Zuneigung und soziale Anerkennung wird dann letztlich nur noch eine statistisch wahrnehmbare Größe, ein Konglomerat ähnlicher Merkmale. Konkurrenten werden gewissermaßen digitalisiert – sie treten nicht mehr als analoge pralle Formen auf, nicht mehr als soziale Gruppen, sondern als statistische Gruppen. Damit werden auch Verantwortliche und Schuldige immer weniger adressierbar und identifizierbar. Der Konkurrent wird schlicht unsichtbar – und gesellschaftliche Konflikte lassen sich dann auch nicht mehr einfach auf die sichtbare und benennbare Dichotomie von *Kapital und Arbeit* oder *Konservative und Fortschrittliche* bringen.

Das Subtile an sozialer Ungleichheit besteht darin, dass sie letztlich in einer funktional differenzierten Gesellschaft gar keine funktionale Bedeutung mehr hat – sie ist nur noch eine Nebenfolge einer Gesellschaft, in der soziale Ungleichheit dann problematisch wird, wenn es zu so genannter Abweichungsverstärkung kommt, wenn also die eine Dimension von Ungleichheit andere Ungleichheitseffekte nach sich zieht. Das macht es so schwierig, mit Ungleichheitsfolgen politisch und administrativ umzugehen, da letztlich der zentrale Mechanismus fehlt, an dem das Problem gelöst werden kann.

Das ist eine Diagnose, die Unbehagen verursacht – und sie hört sich auf den ersten Blick so an, als wolle man soziale Ungleichheit entdramatisieren. Das Gegenteil aber ist der Fall. Es sollte deutlich gewor-

den sein, dass das Problem sozialer Ungleichheit ein digitales Problem geworden ist, eines, das sich immer weniger in analogen Milieus, Lebensformen und identifizierbaren Gruppen niederschlägt. Das macht das Problem so unübersichtlich – und macht dann womöglich eine Neubetrachtung von Klassentheorien so attraktiv, weil diese vermeintlich analoge Formen sparsamer Erklärungen anbieten. So ähnelt die Marxsche Theorie des industriellen Kapitalismus letztlich einer Theorie der Klassen erzeugenden Inklusion in Industriebetriebsförmige Organisationen. Daraus ergibt sich dann für die Theorie der kapitalistischen Klassengesellschaft ein fast organisationsförmiges Bild der Gesellschaft – und eine entsprechend organisationsförmige politische Strategie zur Beseitigung der Klassenstruktur, was der Komplexität der modernen Gesellschaft eben nicht gerecht wird.

Was bedeutet das politisch?

Bei aller Notwendigkeit einer griffigen politischen Semantik wird deutlich, wie kleinteilig man dem Problem nur begegnen kann und wie widerständig sich die gesellschaftlichen Instanzen zeigen, wenn es darum geht, Effekte zu erzielen. So kann man administrativ letztlich nur digital reagieren und an kleinen Programmen – zum Beispiel kompensatorische pädagogische Angebote, Qualifizierungsmaßnahmen, Anreizstrukturen (Stichwort: Fördern und Fordern), Lohnersatzleistungen, Wohnungsbauprogramme etc. – ansetzen, die digital in analoge Lebensformen eingreifen müssen. All das wirkt dann wenig elegant, weil man ihre Wirkung kaum ermessen kann. Wie schwierig es ist, solche Wirkungen zu erzielen, hängt eben damit zusammen, dass soziale Ungleichheit nur die Nebenfolge einer Gesellschaft ist, die letztlich gar nicht auf Klassenbildung angewiesen ist, um eine innere Ordnung zu

erreichen. Das ist vielleicht die ärgerliche Tatsache, dass die Diagnose einer »neuen Klassengesellschaft« gerade das unsichtbar macht, was die Voraussetzung dieser Diagnose ist. Wie gesagt, selbst theoretisch lässt sich dem Problem nur digital, nicht

analog beikommen. Was freilich analog bleibt, das ist am Ende der politische Wille, die Folgen sozialer Ungleichheit wirklich ernst zu nehmen. An dieser einfachen Tatsache führt auch die komplizierteste Diagnose nicht vorbei. ■

Julia Friedrichs

Exklusion von oben

Wenn von fragmentierter Gesellschaft, von Exklusion etc. die Rede ist, darf man auch die nicht verschweigen, die sich gerne als »Elite« verstehen, den Niederungen des Alltäglichen entrückt sind und sich in ihrer »Selbst-Exklusion« ganz gut eingerichtet haben. Doch was bedeutet das letztlich für die Gesellschaft?

Die Elite trat im Herbst 2005 in mein Leben. Ich war 25 und hatte mich für eine Recherche undercover bei der Unternehmensberatung McKinsey beworben. Die Recherche dauerte ein halbes Jahr. Sie führte mich nach Griechenland – in ein Edel-Assessmentcenter in einem 5-Sterne-Hotel am Meer. Dort begegnete ich zum ersten Mal Menschen, die von sich selbst sagen, dass sie sich zur Elite zählen. Und dort wurde mir zum ersten Mal offenbart, dass auch ich dazugehören könne. Immer wieder sagte man uns Bewerbern, dass wir brillant seien, dass wir die Besten seien, dass wir das Potenzial hätten, zu Europas neuer Führungsgeneration zu gehören. Wer es schaffe, zu ihnen zu gehören, sagte uns McKinsey, sei ein Gewinner. Elite eben.

Ich habe dann den Vertrag von McKinsey angeboten bekommen, ich hätte knapp 70.000 Euro im ersten Jahr verdienen können, habe ihn aber abgelehnt. Ich habe den Bericht über meine Bewerbung wie geplant veröffentlicht und damit hatte sich das Thema Elite eigentlich für mich erledigt.

Aber in den Wochen danach spürte ich, dass mich das, was ich in Griechenland gehört und gesehen hatte, nicht losließ. Und so begann ich zu recherchieren.



© Gerrit Hahn

Julia Friedrichs

(* 1979) arbeitet als freie Autorin von Fernsehreportagen und Magazinbeiträgen. 2007 wurde sie mit dem Axel-Springer-Preis für junge Journalisten und dem Ludwig-Erhard-Förderpreis ausgezeichnet. Bei Hoffmann und Campe erschienen: *Gestatten: Elite*. (2008) und *Deutschland dritter Klasse. Leben in der Unterschicht* (mit Eva Müller und Boris Baumholt, 2009).

Ich wollte wissen: Gibt es mehr junge Menschen, die sich selbst als Elite bezeichnen? Wo sind sie zu finden? Was heißt Elite für sie? Und vor allem: Was wollen sie tun, wenn sie einmal in Elitepositionen sind?

»Education for tomorrow's leaders«

Ich fuhr los, mit nicht viel mehr als diesen Fragen und einer Deutschlandkarte mit Orten, an denen ich die, die sich Elite nennen, zu finden glaubte.

Dazu gehörte die European Business School in Oestrich Winkel. Die von sich selbst damals sagte, eine unternehmerische Elitehochschule zu sein. Dazu gehörten die Eliteinternate Schloss Salem und Schloss Neubuern, die bayerische Elite-